

UN-Experte: „Sehr geringe Hoffnung“, dass sich Israel an die Aufforderung des IGH hält, die Rafah-Invasion zu beenden

David Kattenburg, mondoweiss.net, 24.05.2025

Der IGH (Internationale Gerichtshof) fordert den Staat Israel auf, die Invasion in Rafah zu stoppen, aber die Chancen, dass er sich daran hält, sind „wahrscheinlich geringer als Null“, sagt der ehemalige UN-Sonderberichterstatter Michael Lynk gegenüber *Mondoweiss*.

Der Präsident des IGH, Nawaf Salam, wies Israel außerdem an, innerhalb eines Monats nach dem heutigen Tag einen Bericht über die Einhaltung der Vorschriften vorzulegen, und bestätigte, dass die heutigen Anordnungen „bindende Wirkung haben und somit völkerrechtliche Verpflichtungen für jede Partei schaffen, an die die vorläufigen Maßnahmen gerichtet sind“.

Als ob die rechtlichen und diplomatischen Probleme des Staates Israel nicht schon schlimm genug wären, hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag heute Nachmittag angeordnet, die Militäroperationen in Rafah auszusetzen, den Grenzübergang Rafah für humanitäre Hilfe zu öffnen und internationale Beobachter in den Gazastreifen zu lassen, um sicherzustellen, dass die Beweise für den israelischen Völkermord nicht zerstört werden.

Die heutige bahnbrechende IGH-Anordnung über „vorläufige Maßnahmen“ ist die Antwort des Gerichtshofs auf den Antrag Südafrikas vom 10. Mai.

Die Lage in Gaza – und insbesondere in Rafah – könnte nicht dringlicher sein, so Südafrika in seinem Antrag an das oberste UN-Gericht, der eine zweitägige Anhörung in Gang setzte. Südafrika reichte seinen Antrag am Donnerstag, 16. Mai ein.

„Der Angriff auf die Palästinenser im Gazastreifen ist von einer Art, die nur zur genozidalen Vernichtung dieser Gruppe führen kann“, heißt es im Antrag Südafrikas. Mit dem Übergriff auf Rafah greift die israelische Armee die „letzte Zuflucht“ im Gazastreifen an, das einzige Gebiet im Gazastreifen, das noch nicht vollständig vom Staat Israel zerstört wurde. Mit der Verwüstung Rafahs wird die Vernichtung des Gazastreifens selbst abgeschlossen sein.“ Die israelischen Anwälte antworteten am nächsten Tag und wiesen alle Vorwürfe Südafrikas zurück – „obszön“, „Ritualmordlegende“, allesamt.

Nachdem der deutsche Richter Georg Nolte den alarmierenden Appell Südafrikas und die wütende Erwiderung der israelischen Führung gehört hatte, wies er die israelische Regierung an, einen Bericht über die humanitäre Lage in Rafah, entlang der vom Staat Israel angeordneten Evakuierungskorridore

und in der „sicheren“ Evakuierungszone des Staates Israel, Al-Mawasi, an der südlichen Küste des Gazastreifens zu erstellen. Die israelische Seite hatte 24 Stunden Zeit, um dies zu tun, und Südafrika konnte dann reagieren.

Alle bis auf zwei der fünfzehn Richter des Gerichtshofs haben sich für Südafrika ausgesprochen.

In der heutigen Entscheidung des Gerichtshofs heißt es:

„Der Staat Israel muss in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes und in Anbetracht der sich verschlechternden Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung im Bezirk Rafah ... unverzüglich seine Militäroffensive und jede andere Aktion im Gouvernement Rafah einstellen, die der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen Lebensbedingungen auferlegen könnte, die ihre physische Zerstörung ganz oder teilweise herbeiführen würden ... den Grenzübergang Rafah für die ungehinderte Bereitstellung dringend benötigter grundlegender Dienstleistungen und humanitärer Hilfe offen halten [und] wirksame Maßnahmen treffen, um den ungehinderten Zugang von Untersuchungskommissionen, Erkundungsmissionen oder anderen Ermittlungsgremien, die von den zuständigen Organen der Vereinten Nationen mit der Aufklärung von Völkermordvorwürfen beauftragt sind, zum Gazastreifen sicherzustellen.“

Der Präsident des IGH, Nawaf Salam, wies Israel außerdem an, innerhalb eines Monats nach dem heutigen Tag einen Bericht über die Einhaltung der Vorschriften vorzulegen, und bestätigte, dass die heutigen Anordnungen „bindende Wirkung haben und somit völkerrechtliche Verpflichtungen für jede Partei schaffen, an die die vorläufigen Maßnahmen gerichtet sind“.

Jede der vier heute erlassenen einstweiligen Verfügungen wurde mit 13 zu 2 Stimmen angenommen, wobei die ugandische Richterin Julia Sebutinde und der israelische Ad-hoc-Richter Aharon Barak die Gegenvoten darstellten. Die israelischen Anwälte waren bei der heutigen Anhörung nicht anwesend.

Mit dem „dringenden“ Antrag vom 10. Mai auf die heutigen zusätzlichen vorläufigen Maßnahmen forderte Südafrika bereits zum vierten Mal einen gerichtlich angeordneten Stopp des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen.

Als Reaktion auf den ursprünglichen Antrag wies der IGH Israel am 26. Januar an, von Handlungen abzusehen, die gemäß der Völkermordkonvention von 1949 als Genozid definiert werden, humanitäre Hilfe in den Gazastreifen zuzulassen und die Genozid-Rhetorik der israelischen Militärs und Politiker zu beenden, nicht aber die militärischen Angriffe auf die brutal belagerte Enklave einzustellen.

In Anträgen, die am 12. Februar und am 6. März beim Gerichtshof eingereicht wurden, forderte Südafrika dies erneut. Der Gerichtshof lehnte dies ab.

Sich anbahnende Katastrophe

Für den Staat Israel und seinen wichtigsten Waffenlieferanten, die USA, ist das heutige Urteil die jüngste Wendung in einem sich in Zeitlupe abspielenden Unglück.

Am 20. Mai kündigte Chefankläger Karim Khan gegenüber dem IGH, dem weltweit wichtigsten Ort für internationale Strafverfolgungen, an, dass er Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den Verteidigungsminister Yoav Gallant wegen einer Reihe von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen beantragen werde – darunter Hunger als Kriegswaffe, vorsätzliche Tötung und Mord, Ausrottung, Verfolgung und „andere unmenschliche Handlungen“.

Es gibt „begründete Anhaltspunkte“ dafür, dass Yahya Sinwar, der Hamas-Führer im Gazastreifen, Muhammad Diab Ibrahim Al-Masri (alias Muhammad al-Deif), der Oberbefehlshaber des militärischen Flügels der Hamas, der Qassam-Brigaden, und Ismail Haniyeh, der Leiter des politischen Büros der Hamas, wegen einer Reihe von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt werden, die „mindestens“ seit dem 7. Oktober begangen wurden, teilte Khan weiter mit.

Zwei Tage später bestätigte der deutsche Sprecher Steffen Hebestreit, dass der beste europäische Freund des Staates Israel Haftbefehle gegen Netanjahu, Gallant und andere Israelis vollstrecken würde, sollten diese ausgestellt werden. „Natürlich“, sagte Hebestreit. „Ja, wir halten uns an das Gesetz.“¹

Hebestreits Erklärung kam kurz nach der Ankündigung der norwegischen, spanischen und irischen Regierungschefs, dass ihre Länder nächste Woche die palästinensische Staatlichkeit formell anerkennen werden.²

Am 23. Mai forderten 200 anonyme EU-Mitarbeiter in einem Brief an hochrangige EU-Beamte, in dem sie ihre „wachsende Besorgnis“ über die zunehmenden Menschenrechtsverbrechen im Gazastreifen zum Ausdruck brachten, die EU auf, die Waffenexporte in den Staat Israel zu stoppen und die künftige politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit dem „jüdischen Staat“ davon abhängig zu machen, dass dieser die „Menschenrechte“ und „demokratischen Grundsätze“ respektiert, wie es in Artikel 2 des Europa-Mittelmeer-Abkommens zwischen dem Staat Israel und der EU heißt.

„Die Tatsache, dass mehr als einer von hundert Menschen im Gazastreifen ums Leben gekommen ist und dass schätzungsweise 70 % davon Frauen und Kinder waren, deutet darauf hin, dass die Reaktion der israelischen Streitkräfte auf den Angriff vom 7. Oktober eher eine kollektive Vergeltungsmaßnahme als die Ausübung eines im internationalen vorgesehenen Schritt darstellt“, schreiben die anonymen EU-Mitarbeiter.³

„Abgesehen von den schrecklichen Folgen vor Ort in Gaza“, fügten die EU-Mitarbeiter hinzu, „läuft die anhaltende Gleichgültigkeit der EU gegenüber der Notlage der Palästinenser Gefahr, durch Untätigkeit indirekt nicht nur zur Verbreitung polarisierender Narrative beizutragen, sondern auch den Aufstieg einer Weltordnung zu normalisieren, in der die bloße Anwendung von Gewalt im Gegensatz zu einem regelbasierten System über die Sicherheit eines Staates, seine territoriale Integrität und seine politische Unabhängigkeit - oder deren Fehlen - entscheidet.“

Israelische Staatsführer aus der Bahn geworfen

Die israelische Führung ist es nicht gewohnt, sich dem Völkerrecht zu unterwerfen – geschweige denn, vor Gericht gestellt oder mit einem Haftbefehl belegt zu werden – und sie reagiert auf das sich aufschaukelnde Desaster, indem sie aus der Rolle fällt: Sie rufen ihre Botschafter aus Irland, Spanien und Norwegen zurück, verbieten dem spanischen Konsulat in Jerusalem, Palästinensern in der Westbank Hilfe zu leisten ⁴, genehmigen die Rückkehr von Siedlern in zuvor geräumte Kolonien in der Westbank ⁵, drohen damit, palästinensische Banken von ihren israelischen Korrespondenzbanken abzuschneiden ⁶ und unterstützen Siedler bei ihren Angriffen auf Hilfslieferungen für den Gazastreifen. ⁷

Für Premierminister Netanjahu und sein Kriegskabinett könnte es also nicht einfacher sein, einen weiteren Gerichtsbeschluss des obersten Rechtsorgans der internationalen Gemeinschaft abzutun, so informierte Beobachter gegenüber *Mondoweiss*.

„Ich würde nicht erwarten, dass der Staat Israel im Fall des Erlasses eine solche Anordnung befolgen würde“, sagte der kanadische Rechtsgelehrte William Schabas gegenüber *Mondoweiss* vor der Entscheidung heute Nachmittag in Den Haag.

„Aber das wird Israel politisch weiter isolieren“, so Schabas. „Es wird vielleicht keinen Einfluss auf die Vereinigten Staaten haben, die auf ihre Weise eine große Verachtung für den Internationalen Gerichtshof gezeigt haben... Aber es gibt viele Staaten – europäische Staaten, Kanada und viele Staaten des globalen Südens – die den Internationalen Gerichtshof respektieren und die es nicht gut finden würden, wenn sie sich einer Anordnung des Gerichtshofs widersetzen würden.“

Die heutige Anordnung des IGH, dass der Staat Israel seinen Angriff auf Rafah einstellen soll – wenige Tage nachdem der Chefankläger des IGH, Karim Khan, angekündigt hat, dass gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant Haftbefehle beantragt wurden, wobei sich weitere Haftbefehle möglicherweise unter Verschluss befinden – wird den Staat Israel mehr als nur politisch isolieren.

„Netanjahu kauft nicht einfach ein Ticket bei Ryanair und taucht eines Tages am Flughafen eines Landes auf“, sagte Schabas gegenüber *Mondoweiss*. „Er ist der Regierungschef, und deshalb sind seine Besuche auf diplomatischer Ebene choreografiert.“

„Ich denke, was in der Praxis passieren wird“, sagt Schabas, „ist, dass Regierungen wie die von Kanada und Deutschland und Frankreich und so weiter – Großbritannien – sagen werden: ‚Kommen Sie nicht hierher! Sie können nicht hierher reisen, weil wir Sie verhaften müssen.‘“

Abgesehen von der persönlichen Bequemlichkeit und Sicherheit der israelischen Regierungschefs deutet der heutige Beschluss des IGH auf tiefgreifende Veränderungen in der Art und Weise hin, wie die Welt mit israelischen Verstößen gegen das Völkerrecht umgeht, Veränderungen von „außergewöhnlicher“ Natur, sagt Michael Lynk, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtssituation im besetzten Palästina.

„Es gibt sehr wenig Hoffnung, wahrscheinlich weniger als Null, dass der Staat Israel dem Urteil des Gerichtshofs Folge leisten wird“, sagte Lynk gegenüber *Mondoweiss* nach dem heutigen Urteil des IGH.

Und, fügt Lynk hinzu, unabhängig davon, was das oberste juristische Gremium der UNO sagt, wird die Biden-Administration den Staat Israel wahrscheinlich bis zum Schluss unterstützen und eine Resolution nach der anderen im UN-Sicherheitsrat mit ihrem Veto blockieren.

Doch wie Lynk zu sagen pflegt, und wie er heute gegenüber *Mondoweiss* erklärte, „steht das internationale Recht der Macht näher als der Gerechtigkeit“.

„Das internationale Recht allein wird Palästina niemals befreien oder eine Zwei-Staaten-Lösung herbeiführen“, sagt Lynk. „Aber es wird, denke ich, denjenigen Kraft geben, die sagen, dass entweder eine Zweistaatenlösung das ist, was passieren muss, oder dass es eine demokratische Einstaatlösung sein muss, die sich auf die Rechtsstaatlichkeit für alle stützt, die zwischen dem Fluss und dem Meer leben.“

Mehr als alles andere ist es die Geschwindigkeit der jüngsten, scheinbar unerwarteten Ereignisse, die Lynk am meisten inspiriert.

„Lenin hat einmal gesagt: Es gibt Jahrzehnte, in denen sehr wenig passiert, und dann gibt es Wochen, in denen Jahrzehnte passieren“, so Lynk gegenüber *Mondoweiss*. „Und ich denke, dass die Möglichkeit eines schnellen Wandels, der plötzlich und aus heiterem Himmel eintritt, weil die Ereignisse eskalieren, durchaus das sein könnte, was wir bald erleben werden.“

Quelle: <https://mondoweiss.net/2024/05/un-expert-very-little-hope-of-israel-abiding-by-icj-order-to-stop-rafah-invasion/>

1 <https://www.middleeastmonitor.com/20240523-germany-would-implement-icc-arrest-warrants-against-israel/>

<https://www.rnd.de/politik/netanjahu-haftbefehl-bundesregierung-schliesst-vollstreckung-nicht-aus-EOIJMOVO4JJB5C4E5GJVX3BMG4.html>

2 <https://www.theguardian.com/world/article/2024/may/22/palestinian-state-recognition-ireland-spain-recognise-palestine>

3 <https://eustaff4peace.eu/>

4 <https://www.timesofisrael.com/fm-forbids-spanish-consulate-in-jerusalem-from-serving-west-bank-palestinians/>

5 <https://www.reuters.com/world/middle-east/israel-allows-return-three-evacuated-west-bank-settlements-2024-05-22/>

6 <https://www.timesofisrael.com/us-treasury-chief-troubled-by-smotrichs-threat-to-cut-off-palestinian-banks/>

7 <https://www.theguardian.com/world/article/2024/may/21/israeli-soldiers-and-police-tipping-off-groups-that-attack-gaza-aid-trucks>

Übersetzung: Pako – palaesstinakomitee-stuttgart.de